

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft im Jahr 1983

Das Prämienaufkommen der österreichischen Privatversicherungswirtschaft wuchs auch 1983 rascher als die Gesamtwirtschaft. Die Prämien nahmen um 7,6% auf 62,8 Mrd. S zu, das (nominelle) Brutto-Inlandsprodukt stieg um 5,9% auf 1 205,8 Mrd. S¹⁾ Ein längerfristiger Vergleich zeigt, daß die Relation des Prämienvolumens zum Brutto-Inlandsprodukt ständig steigt, und zwar in allen drei Spartengruppen (Lebens-, Kranken- sowie Schaden- und Unfallversicherung). In den vergangenen drei Jahren lag diese Relation knapp über 5% Österreich liegt damit mit den skandinavischen Ländern und Neuseeland international im Mittelfeld, rund 1½ bis 3 Prozentpunkte unter den führenden "Versicherungsländern" (angelsächsische Länder, Schweiz, Japan, BRD)²⁾.

¹⁾ Die versicherungswirtschaftlichen Daten stammen — sofern keine andere Quelle angegeben wird — aus der vom Bundesministerium für Finanzen publizierten "Versicherungsstatistik" (zuletzt: Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Finanzen betreffend die Vertragsversicherung, 1984 60(Sondernummer), Wien, 1984).

²⁾ Siehe "Weltversicherung 1982", Sigma-Wirtschaftsstudien, 1984, (4). Allerdings sind die dort für Österreich ausgewiesenen Werte niedriger, was damit zusammenhängt, daß nur das inländische Direktgeschäft berücksichtigt wurde

Lebensversicherungen

Nachdem sich das Prämienwachstum in der Lebensversicherung seit 1979 kontinuierlich verlangsamt hatte — die Wachstumsrate sank von mehr als 16% auf 8,3% im Jahr 1982 —, trat 1983 eine leichte Belebung ein. Die abgegrenzten Bruttoprämien lagen mit 12,8 Mrd S um 9,1% über dem Vorjahreswert. Der Selbstbehalt wuchs annähernd gleich rasch, sodaß die Selbstbehaltsquote mit 82,5% praktisch unverändert blieb.

Eine Erklärung für das relativ starke Wachstum der Lebensversicherungsprämien könnte darin liegen, daß 1983 der Sonderausgabenhöchstbetrag für Prämien zu einer freiwilligen Personenversicherung (§ 18 Abs 2 Z 4 Einkommensteuergesetz) um 10% erhöht wurde³⁾. Dagegen trugen zwei Faktoren vermutlich tendenziell zu einer Dämpfung des Versicherungssparens bei: Einerseits bewirkten die beginnende Erholung der Konjunktur und die Vorzieheffekte auf Grund der Anfang 1984 in Kraft getretenen steuerlichen Maßnahmen (Mehrwertsteuererhöhung, Einführung der Zinsertragsteuer) eine deutliche Senkung der Sparquote (von 8,6% 1982 auf 7,0% 1983). Andererseits nahmen im IV Quartal 1983 — ebenfalls im Zusammenhang mit der Einführung der Zinsertragsteuer — die Wertpapierkäufe der nicht-institutionellen Anleger kräftig zu: Das ging zweifellos zu Lasten anderer längerfristiger Anlageformen und damit auch des Versicherungssparens.

Innerhalb des staatlich geförderten Sparens gewann das Lebensversicherungssparen 1983 weiter an Gewicht. Seit Anfang des Jahrzehnts wächst es absolut

³⁾ Als Sonderausgabe werden nun (für Versicherte unter 50 Jahren) jährliche Versicherungsprämien in der Höhe von maximal 11.000 S bzw. weitere 11.000 S für den nichtberufstätigen Ehepartner und 5 500 S pro Kind anerkannt

Übersicht 1

Abgegrenzte Bruttoprämien¹⁾

	Alle Sparten Milli S	in % des gesamten Prämienvolumens		
		Lebensversicherungen	Krankenversicherungen	Schaden- und Unfallversicherungen
1979	43 999	19,7	12,6	67,7
1980	48 650	20,2	12,3	67,5
1981	53 817	20,1	12,3	67,6
1982	58 394	20,1	12,7	67,3
1983	62 821	20,3	12,6	67,1

Q: Bundesministerium für Finanzen — ¹⁾ ± Prämienüberträge

Übersicht 2

Anteil der Versicherungsprämien am Brutto-Inlandsprodukt

	Alle Sparten	Anteile in %		
		Lebensversicherungen	Krankenversicherungen	Schaden- und Unfallversicherungen
1959	2,92	0,33	0,30	2,29
1963	3,50	0,40	0,35	2,75
1968	4,04	0,53	0,42	3,09
1973	4,50	0,75	0,47	3,27
1978	4,80	0,88	0,62	3,30
1983	5,21	1,06	0,66	3,49

Q: Bundesministerium für Finanzen, eigene Berechnungen

Entwicklung der Lebensversicherungen

	Bruttoprämien		Selbstbehaltsquote ¹⁾	Überschuß aus der Finanzgebarung	Versicherungsleistungen abgegrenzt	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	abgegrenzt					
	Milli S	in %			Milli S	
1979	8 652	7 170	82,9	2 782	2 625	6 017
1980	9 846	8 192	83,2	3 249	2 999	7 284
1981	10 815	9 012	83,3	4 357	3 497	8 408
1982	11 717	9 648	82,3	5 561	5 390	8 179
1983	12 779	10 549	82,5	5 968	5 762	9 158

Q: Bundesministerium für Finanzen. — ¹⁾ Geschätzt

Übersicht 3

und relativ viel rascher als das Bausparvolumen. 1983 entfielen bereits fast 40% des geförderten Sparvolumens auf Forderungen privater Haushalte gegenüber Lebensversicherungen. Die Berechnung des staatlich geförderten Sparens wurde etwas anders vorgenommen als in früheren Berichten⁴⁾. Erstens wurde dem Umstand Rechnung getragen, daß die Prämien beim Prämien sparen seit dem Jahr 1981 nicht mehr von der öffentlichen Hand, sondern vom Kreditapparat selbst getragen werden. Aus diesem Grund wurde das Prämien sparen 1981 aus dem geförderten Sparvolumen herausgenommen, wodurch die Anteile der verbleibenden Sparformen deutlich steigen. Zweitens wurden bei der Berechnung des geförderten Volumens auch die Genußscheine nach dem Beteiligungsfondsgesetz berücksichtigt. Es wurden dabei durch Schätzungen aus dem Genußscheinumlauf jene Bestände herausgerechnet, die sich jeweils (noch) in den Portefeuilles des Kreditapparates befinden.

Der Überschuß der Finanzgebarung in der Lebensversicherung, der in den Jahren zuvor jeweils mit zweistelligen Zuwachsraten expandiert hatte, nahm 1983 nur um 7,3% zu. Dies ist vor allem auf die im Jahresdurchschnitt 1983 deutlich geringeren Marktzinssätze zurückzuführen. Der Geldmarktsatz war 1983 mit 5,4% um fast 3½ Prozentpunkte und die Sekundärmarktrendite auf dem Kapitalmarkt mit 8,2% um 1½ Prozentpunkte niedriger als 1982. In der Folge verringerte sich auch die Rentabilität der Kapitalanlagen der Lebensversicherungsunternehmen, und zwar von 10,0% (1982) auf 9,2% im Jahre 1983. Die Auszahlungen der Lebensversicherungen betragen 5,8 Mrd. S. Sie lagen damit nur um 6,9% über dem Wert von 1982. Diese geringe Zunahme hängt damit zusammen, daß die Auszahlungen 1982 durch Sondereinflüsse besonders hoch waren.

Wie in den vergangenen Jahren stieg auch 1983 die Zahl der versicherten Lebensrisiken mit +3,1% relativ

⁴⁾ Siehe Szopo, P., "Die österreichische Privatversicherungswirtschaft im Jahr 1982". WIFO-Monatsberichte, 1/1984

stark⁵⁾. Insgesamt betrug die Zahl der Lebensversicherungspolizzen fast 7,6 Mill. Ähnlich wie beim Einlagensparen ist es offenbar auch beim Versicherungssparen nicht unüblich, daß ein Versicherungsnehmer mehrere Verträge abschließt. Beim Versicherungssparen dürfte dieser Effekt vor allem durch die in vielen Unternehmen üblichen Gruppenversicherungen sowie durch die Kreditrestschuldversicherungen in erster Linie im Zusammenhang mit Kreditaufnahmen privater Haushalte entstehen. Auf die Gruppenversicherungen entfiel 1983 rund ein Viertel der Lebensversicherungspolizzen. Entgegen dem längerfristigen Trend wuchsen sie 1983 — wie schon im Jahr zuvor — deutlich langsamer als die Einzelversicherungen. Unter Umständen handelt es sich dabei doch um eine beachtenswerte Änderung der Entwicklung und nicht nur — wie im Vorjahr vermutet wurde — um die Konsequenzen einer geänderten Meldepraxis der Versicherungsunternehmen (Szopo, 1984). Die insgesamt versicherte Summe stieg 1983 um 10,1% auf 322,5 Mrd. S bzw. auf 26,7% in Relation zum nominellen Brutto-Inlandsprodukt. Die durchschnittliche Versicherungssumme erhöhte sich um 6,8% auf 42 200 S. Dabei besteht ein beträchtlicher Unterschied zwischen den Einzelversicherungen mit einer durchschnittlichen Versicherungssumme von annähernd 55 000 S und den Gruppenversicherungen (rund 7 500 S). Auch real — also deflationiert mit den Verbraucherpreisen — war die durchschnittliche Versicherungssumme höher als 1982.

Krankenversicherungen

Die Prämieinnahmen und Leistungen nahmen 1983 mit einer Rate von knapp unter 7% annähernd gleich rasch zu. Die Prämieinnahmen betragen rund

⁵⁾ Allerdings weichen in diesem Punkt die Daten laut "Versicherungsstatistik" von jenen im Geschäftsbericht des Versicherungsverbands beträchtlich ab. Die Aussagen stützen sich auf die amtliche Statistik, die zu einem etwas späteren Zeitpunkt und daher in der Regel vollständiger erhoben wird

Übersicht 4

Entwicklung des staatlich geförderten Sparvolumens (Jahresendstände)

	Gesamtvolumen		Bausparvolumen		Prämien sparen		Volumen steuerbegünstigt erworbener Rentenwerte ¹⁾		Genußscheine ²⁾		Forderungen der Versicherten gegen Lebensversicherungsunternehmen ³⁾	
	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %
1979	166 728	100,0	62 853	37,7	28 720	17,2	38 251	22,9	—	—	36 904	22,1
1980	191 528	100,0	73 791	38,5	37 609	19,6	35 701	18,6	—	—	44 427	23,2
1981	163 029	100,0	76 821	47,1	—	—	33 151	20,3	—	—	53 057	32,5
1982	158 849	100,0	75 952	45,0	—	—	30 601	18,1	736	0,4	61 560	36,5
1983	180 646	100,0	79 936	44,3	—	—	28 051	15,5	1 681	0,9	70 978	39,3

Q: Oesterreichische Nationalbank, Bundesministerium für Finanzen eigene Berechnungen. Werte ab 1981 neu Prämien sparen ab 1981 ohne staatliche Förderung — ¹⁾ Geschätzt — ²⁾ Deckungsrückstellung, Prämienüberträge Rückstellungen für schwebende Versicherungsleistungen und Rückkäufe Rückstellungen für Prämienrückerstattung bzw Gewinnbeteiligung der Versicherungsnehmer sonstige versicherungstechnische Rückstellungen Depotverbindlichkeiten an Versicherungsunternehmen; Polizzendarlehen und Vorauszahlungen nicht enthalten

7,9 Mrd S, die Leistungen für Krankheitsfälle 6,1 Mrd S. Die Schadenquote hatte mit 77,7% praktisch den gleichen Wert wie 1982.

Das Wachstum der Schadenfälle (+1,8%) übertraf auch im Jahr 1983 jenes des Bestands übernommener Risiken (+0,7%) — wenngleich weniger deutlich als in den vergangenen Jahren⁶⁾ Diese Entwicklung hat zur Folge, daß die durchschnittliche Prämie rascher steigen muß als der durchschnittliche Aufwand je Leistungsfall, um zu verhindern, daß sich die technischen Ergebnisse in der Krankenversicherung laufend verschlechtern. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre konnte dieses Ziel trotz eines vergleichsweise langsamen Anstiegs des durchschnittlichen Aufwands je Leistungsfall nicht erreicht werden, sodaß sich die Schadenquote merklich — und zwar von 74,0% 1979 auf fast 79% im Jahr 1981 — erhöhte. Erst 1982 und 1983 gelang es mit kräftigen Erhöhungen der durchschnittlichen Prämie (etwa relativ zum Verbraucherpreisindex) diese Entwicklung zu stoppen bzw. zum Teil sogar umzukehren. Vermutlich dürfen die Prämienhöhungen und die steigende Schadenhäufigkeit nicht unabhängig voneinander gesehen werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß steigende Prämien "gute Risiken" — also Versicherungsnehmer mit geringerer Erkrankungswahrscheinlichkeit — tendenziell dazu veranlassen, auf den Versicherungsschutz zu verzichten, sodaß sich der Risikenbestand insgesamt eher verschlechtert. In der Versicherungsökonomie wird dieses Phänomen unter dem Stichwort "adverse Selektion" erörtert.

Auch in der Krankenversicherung schwächten sich so wie in der Lebensversicherung die Kapitalerträge — bedingt durch den Rückgang des Marktzinsniveaus — ab. War der "Überschuß aus der Finanzgebarung" 1982 noch um mehr als 20% gewachsen, so nahm er 1983 "nur" noch um 8,2% zu; absolut betrug er 670 Mill S. Die durchschnittliche Rendite verringerte sich um 1/2 Prozentpunkt auf 8,5%.

⁶⁾ Die Aussagen über die Entwicklung der Schadenfälle und Risiken beruhen auf Daten aus: Verband der Versicherungsunternehmen, Geschäftsbericht über den Zeitraum vom 1. 7. 1983 bis 30. 6. 1984, Tabellen 28 und 29.

Übersicht 6

Entwicklung der Schaden- und Unfallversicherungen

	Bruttoprämien		Nettoprämien	Selbstbehaltsquote	Überschuß aus der Finanzgebarung	Versicherungsleistungen brutto
	abgegrenzt	abgegrenzt				
	Mill S	in %		Mill S		
1979	29 785	21 897	17 822	81,4	1 906	20 122
1980	32 828	23 482	19 073	81,2	2 096	21 598
1981	36 357	25 707	20 885	81,2	2 526	25 163
1982	39 274	28 029	22 707	81,0	2 694	26 554
1983	42 136	30 255	24 620	81,4	2 984	27 712

Q: Bundesministerium für Finanzen

Schaden- und Unfallversicherungen

Die Entwicklung in den Schaden- und Unfallsparten verlief 1983 für die Versicherer relativ günstig. Das Wachstum der Prämieinnahmen (abgegrenzte Bruttoprämien im Gesamtgeschäft) war mit 7,3% beträchtlich höher als jenes der Leistungen (+4,4%). Insgesamt betrug die Prämieinnahmen 42,1 Mrd S, wovon 30,3 Mrd S auf das inländische Direktgeschäft entfielen. Die Selbstbehaltsquote im inländischen Direktgeschäft lag etwas über 81%. Der Überschuß aus der Finanzgebarung stieg um 10,8% auf fast 3 Mrd S. Die durchschnittliche Rendite blieb 1983 mit 7,6% trotz der gesunkenen Marktzinsen praktisch auf dem Niveau von 1982. Im Gegensatz zu den anderen Sparten reagiert im Schaden- und Unfallbereich die durchschnittliche Verzinsung der Kapitalanlagen kaum auf die aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Dies dürfte vor allem dadurch bedingt sein, daß die Schaden- und Unfallversicherungen einen weitaus geringeren Anteil ihrer Anlagen in (variabel verzinsten) Darlehen und — etwas überraschend — einen größeren Anteil in Grundstücken halten⁷⁾. Darüber hinaus erschweren die Schwankungen und die geringe Vorhersehbarkeit der Auszahlungen im Schaden- und Unfallbereich eine ausschließlich am Gesichtspunkt der Rentabilität orientierte Veranlagungspolitik.

Die Schadenquoten sind 1983 in fast allen Versicherungszweigen zurückgegangen, in einer Reihe von Fällen — Haftpflicht, Kraftfahrzeug, Rechtsschutz, Leitungswasserschaden, Sturmschaden, Haushalt, Hagel, Transport, Kredit — sogar recht deutlich. Verschlechtert haben sich die Ergebnisse vor allem in der Feuerversicherung (Industrie-Feuer, sonstige Feuer) und in der Maschinenversicherung. Auch in

⁷⁾ Es wäre eigentlich zu erwarten, daß die Schaden- und Unfallversicherungen kurzfristige bzw. rasch liquidisierbare Anlagen bevorzugten. Der hohe Anteil der Grundstücke in den Anlagen dieser Sparte ist daher erstaunlich, wenngleich — wie aus einem internationalen Vergleich hervorgeht — Österreich in dieser Hinsicht kein Einzelfall ist; siehe dazu "Die Kapitalanlagen der Privatversicherer", Sigma-Wirtschaftsstudien, 1984 (7), S. 9.

Übersicht 5

Entwicklung der privaten Krankenversicherungen

	Bruttoprämien		Schadenquote	Überschuß aus der Finanzgebarung	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	abgegrenzt	abgegrenzt			
1979	5 562	4 115	74,0	386	636
1980	5 976	4 507	75,4	412	637
1981	6 645	5 244	78,9	511	629
1982	7 403	5 747	77,6	619	767
1983	7 906	6 144	77,7	670	872

Q: Bundesministerium für Finanzen

Übersicht 7

Schadenquoten in den Schaden- und Unfallversicherungen

	1979	1980	1981	1982	1983
	in %				
Direkte Versicherungsbranche	66,8	64,0	67,9	65,4	62,5
Unfall	44,5	44,4	46,2	49,1	47,7
Betriebs-, Berufs- und Privathaftpflicht	56,2	59,0	58,3	59,0	53,7
Kfz — Haftpflicht	75,2	79,0	81,0	79,7	78,7
Kfz — Fahrzeug	60,5	64,1	68,4	65,9	60,6
Kfz — Insassenunfall	17,4	20,0	15,0	15,1	16,9
Rechtsschutz	47,8	48,9	51,6	51,5	45,4
Feuer — Industrie	121,3	40,3	47,9	45,3	54,7
Sonstige Feuer	42,7	37,4	42,3	37,8	52,0
Feuer — Betriebsunterbrechung	115,4	50,7	59,7	35,8	32,1
Einbruchdiebstahl	49,4	54,2	61,9	60,2	55,3
Leitungswasserschaden	66,0	64,9	67,9	65,2	53,5
Glasbruch	44,4	46,3	51,5	49,3	45,7
Sturmschaden	27,3	32,2	85,6	61,5	43,5
Haushalt	66,2	65,8	71,4	66,4	59,2
Hagel	69,8	85,1	61,7	93,0	65,3
Maschinen	92,7	94,0	100,1	76,6	91,0
Transport	74,2	74,6	89,8	68,0	61,6
Kredit	69,0	65,4	79,6	86,7	38,8
Indirekte Versicherungsbranche	71,6	74,4	75,0	77,3	79,8
Insgesamt (direkt und indirekt)	67,5	65,8	69,2	67,6	65,8

Q: Bundesministerium für Finanzen eigene Berechnungen

den indirekten Versicherungszweigen insgesamt ist die Schadenquote gestiegen und lag bei fast 80%.

Zur längerfristigen Prämienentwicklung in der Kfz-Haftpflichtversicherung

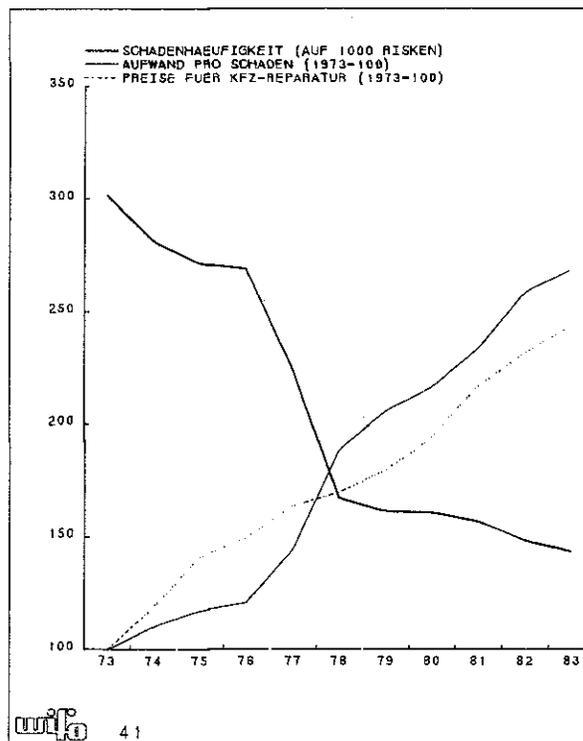
Es gibt vermutlich kein versicherungswirtschaftliches Problem, das in der Öffentlichkeit mehr Beachtung findet als die Tarifentwicklung in der Kfz-Haftpflichtversicherung. Dies ist insofern verständlich, als diese Sparte von allen Versicherungssparten das größte Gewicht im (durchschnittlichen) Konsum der privaten Haushalte aufweist. Zu diesem objektiven Faktum kommt hinzu, daß die privaten Haushalte — wie oft vermutet wird — auf Ausgabensteigerungen im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen (z. B. für Benzin) besonders sensibel reagieren, zumal wenn sie Pflichtcharakter haben, wie dies bei der Haftpflichtversicherung der Fall ist. Aber auch aus der Sicht der Versicherungswirtschaft kommt der Kfz-Haftpflichtversicherung große Bedeutung zu. Immerhin entfällt auf diese Sparte fast ein Viertel (1983 9,8 Mrd. S bzw. 23,2%) des jährlichen Prämienaufkommens im Schaden- und Unfallbereich. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Spartengruppe wird somit in hohem Maße von der Entwicklung der Kfz-Haftpflichtversicherung beeinflusst.

Ausschlaggebend für den Prämienbedarf der Kfz-Versicherer sind im wesentlichen drei Faktoren: die Schadenhäufigkeit je übernommenes Risiko, der Aufwand je Schaden und die (anteiligen) Verwaltungskosten (Provisionen, sonstige Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb). In der hier untersuchten Pe-

riode 1973 bis 1983⁹⁾ haben sich vor allem die beiden ersten Faktoren beträchtlich verändert, und zwar in entgegengesetzter Richtung (siehe Abbildung 1). Die Schadenhäufigkeit ist von mehr als 300‰ Anfang der siebziger Jahre auf unter 150‰ gesunken. Ein Rückgang der Schadenhäufigkeit steht durchaus im Einklang mit internationalen Erfahrungen, die zeigen, daß mit zunehmender Verkehrsdichte die Unfallhäufigkeit (bezogen auf den Kfz-Bestand) zurückgeht. Daß der Rückgang in Österreich besonders ausgeprägt war — vor allem in den Jahren 1977 und 1978 —, hängt mit der Einführung des Bonus-Malus-Systems zusammen. Seit 1979 hat sich die Schadenhäufigkeit nur mehr relativ langsam verringert. Die günstige Entwicklung der Schadenhäufigkeit wurde allerdings durch einen Anstieg des Aufwands pro Risiko auf das Zweieinhalbfache überkompensiert. Dazu haben zwei Entwicklungen beigetragen: einerseits der kräftige Preisanstieg bei Kfz-Reparaturen (und auch bei neuen Kraftfahrzeugen), andererseits ebenfalls die Einführung des Bonus-Malus-Systems, die 1977 und 1978 einen Niveausprung des durchschnittlichen Schadens bewirkt hat, da kleinere Schäden von den Versicherungsnehmern selbst getragen werden. Der

⁹⁾ Für die folgenden Aussagen wurden neben den Daten aus der "Versicherungsstatistik" des Bundesministeriums für Finanzen auch Angaben des Versicherungsverbands über die Entwicklung der Risiken und Schäden herangezogen; die entsprechenden Werte werden allerdings erst seit 1973 publiziert.

Abbildung 1
Bestimmungsfaktoren der Prämienentwicklung in der Kfz-Haftpflichtversicherung



Verwaltungsaufwand der Kfz-Versicherer, der dritte für den Prämienbedarf relevante Faktor, ist in der Untersuchungsperiode nur wenig gestiegen. Allerdings läßt sich an Hand der aggregierten Daten nichts über die Angemessenheit des Verwaltungsaufwands in der Ausgangsperiode sagen.

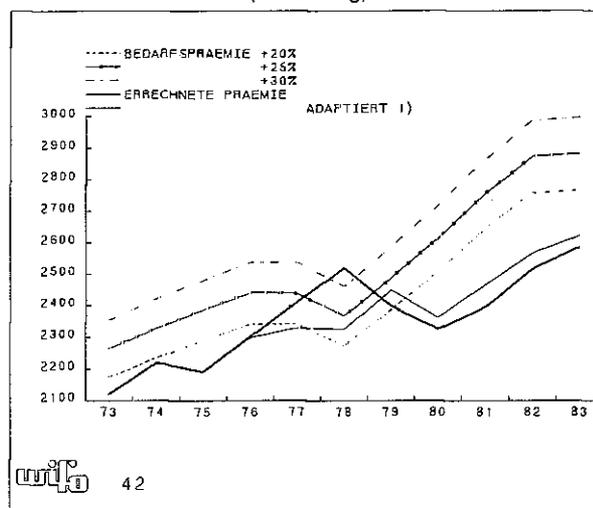
Um aus diesen Entwicklungen den Prämienbedarf der Kfz-Versicherer abzuschätzen, wurde folgendes Verfahren gewählt: Zunächst wurde aus den Werten über die Schadenhäufigkeit und den durchschnittlichen Schadenaufwand eine "Netto-Bedarfsprämie" berechnet⁹⁾. Auf diese sozusagen risikobedingte Prämie erfolgten dann alternativ unterschiedliche Zuschläge für den Verwaltungsaufwand, und zwar 20%, 25% und 30%. Der zuletzt genannte Wert dürfte — zumindest in den letzten Jahren — am ehesten der Realität entsprechen; die anderen zwei Werte wurden gewählt, um abzuschätzen, welchen Einfluß hypothetische Einsparungen im Verwaltungsbereich auf den Prämienbedarf haben könnten. Den auf diese Weise ermittelten Bedarfsprämien wurde die aus den tatsächlichen Prämientnahmen errechnete durchschnittliche Prämie in den Jahren 1973 bis 1983 gegenübergestellt (siehe Abbildung 2)¹⁰⁾. Wie auf Grund der Bonus-Malus-Einführung zu erwarten war, sind sowohl die tatsächliche Durchschnittsprämie als auch die Bedarfsprämien relativ wenig gestiegen (von 1973 bis 1983 um 22% bzw. 27%; die Verbraucherpreise stiegen hingegen im selben Zeitraum um 79%). Die Entwicklung zwischen tatsächlicher und hypothetischer Prämie vollzog sich allerdings nur in den ersten Jahren im Gleichschritt. Im Zuge der Einführung des Bonus-Malus-Systems ging der Prämienbedarf zunächst zurück, sodaß sich die Situation für die Kfz-Versicherer verbesserte. Anfang der achtziger Jahre zeigte sich jedoch das umgekehrte Bild: Das durch die Schadensentwicklung bedingte Prämienerefordernis hat wieder an Dynamik gewonnen; die tatsächlich eingenommenen Prämien folgen erst mit einer Verzögerung von rund zwei Jahren und liegen daher bis 1983 deutlich unter der Bedarfsprämie (und zwar

⁹⁾ Zum Konzept der "Bedarfsprämie" siehe "Die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung und ihre Tarifierungsgrundlagen", Sigma-Wirtschaftsstudien, 1984, (10).

¹⁰⁾ Für die Periode seit 1977 wurden zwei Prämienvarianten berechnet, und zwar Variante 1, bei der die abgegrenzten Prämien unverändert aus der "gesonderten Erfolgsrechnung für die Kfz-Haftpflichtversicherung" übernommen wurden, und Variante 2, bei der berücksichtigt wurde, daß die Kfz-Versicherungen in den Jahren 1977 und 1978 eine "technische Übergangsrückstellung" bilden konnten (insgesamt rund 860 Mill. S), die sie dann in den Jahren 1979 bis 1983 auflösen mußten, um so den Prämienausfall auf Grund der Einführung des Bonus-Malus-Systems auszugleichen. Generell dürften die ermittelten Prämien ebenso wie die Bedarfsprämien leicht unterschätzt sein, weil die Daten des Bundesministeriums für Finanzen und jene des Versicherungsverbands nicht vollkommen vergleichbar sind. Nicht berücksichtigt wurden die Steuern (Mehrwertsteuer auf Prämien, Versicherungssteuer), da sie aus versicherungswirtschaftlicher Sicht bloß Durchlaufposten sind

Abbildung 2

Prämien und Bedarfsprämien in der Kfz-Haftpflichtversicherung (In Schilling)



¹⁾ Korrigiert um Veränderungen der "Technischen Übergangsrückstellungen"

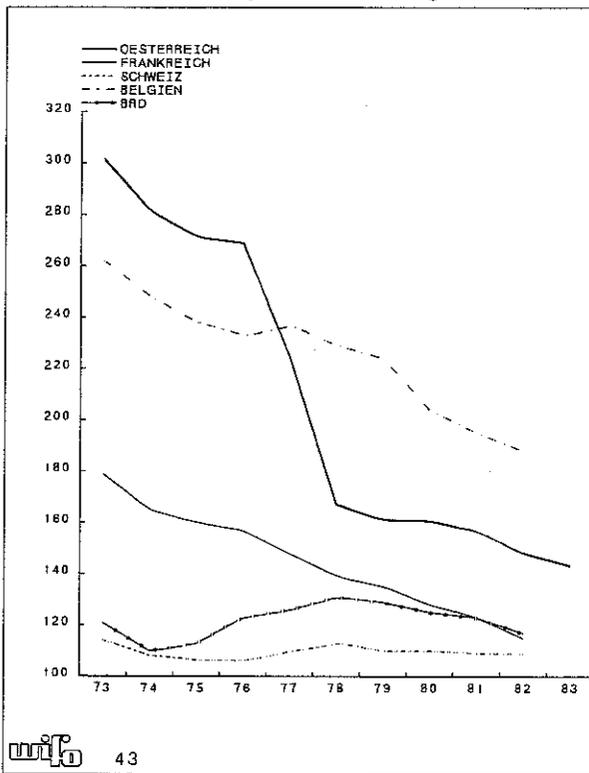
auch dann, wenn man den Prämienbedarf mit einem sehr geringen Verwaltungsaufwand berechnet) Selbst wenn die oft geäußerte Vermutung stimmt, daß die ungünstige Situation der Kfz-Versicherer durch günstigere Ergebnisse bei den freiwilligen Kfz-Versicherungen ausgeglichen wird — die Schadensätze in diesen Sparten widersprechen dieser Interpretation nicht —, dann ist ein solcher spartenübergreifender Ausgleich sicherlich nicht der Idealzustand. Es ist daher nicht zu erwarten, daß die Problematik der Tarife im Haftpflichtbereich in den nächsten Jahren an Aktualität verlieren wird. Eine gewisse Entspannung wird mittelfristig dann eintreten, wenn sich die Verteilung der Kraftfahrzeuge auf die Bonus-Malus-Stufen stabilisiert und die "systembedingte" Prämienenkung zum Stillstand kommt. Darüber hinaus hat Österreich im internationalen Vergleich nach wie vor eine überdurchschnittlich hohe Schadenhäufigkeit (siehe Abbildung 3) Eine Verringerung auf Werte, wie sie etwa in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz oder in Frankreich registriert werden, würde den Prämienbedarf rechnerisch um rund 20% senken Allerdings ist nicht zu erwarten, daß die Schadenhäufigkeit künftig ähnlich rasch sinkt wie noch in den siebziger Jahren.

Versicherungsprämien und Verbraucherpreisindex

Die im Verbraucherpreisindex berücksichtigten Versicherungsprämien stiegen 1983 insgesamt um 5,3%; die Teuerung bei den Versicherungsprämien lag damit erstmals seit 1978 über dem Anstieg der Verbraucherpreise, die nur um 3,3% zunahmen Dazu trugen

Abbildung 3

Schadenhäufigkeit auf 1.000 Risiken in der Kfz-Haftpflichtversicherung



Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

	Gewicht im Warenkorb in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
		1979	1980	1981	1982	1983
Tarifprämien für						
Hausratsversicherung	0,501	+2,0	+6,8	+5,7	+3,8	+2,4
Kfz-Haftpflicht-Pflichtversicherung (Pkw)	1,705	±0,0	±0,0	±0,0	+2,5	+6,5
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,316	+5,2	+7,4	+7,1	+5,0	+6,5
Krankenzusatzversicherung	0,817	+1,4	+3,0	+6,4	+7,9	+4,6
Privatversicherungsformen insgesamt	3,339	+1,1	+2,5	+3,3	+4,4	+5,3
Verbraucherpreisindex insgesamt		+3,8	+6,4	+6,8	+5,4	+3,3
Beitrag der Privatversicherungsformen in Prozentpunkten		+0,04	+0,08	+0,11	+0,15	+0,18

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

lungen auf den Kapitalmärkten zu reagieren¹¹⁾. 1983 bestimmten vor allem die durch die Einführung der Zinsertragsteuer ausgelösten Vorzieheffekte auf dem Wertpapiermarkt die Veranlagungspolitik der Versicherungen. Nach Angaben der Oesterreichischen Nationalbank zeichneten die Vertragsversicherungen 1983 8,6 Mrd. (bzw. 17,2%) der in diesem Jahr emittierten festverzinslichen Wertpapiere¹²⁾. Darüber hinaus sind die Versicherungen als Käufer auf dem Sekundärmarkt aufgetreten, sodaß sich ihr Bestand an inländischen festverzinslichen Wertpapieren um 11,2 Mrd. S auf 39,0 Mrd. S — das sind 7,8% des gesamten Umlaufs — erhöhte¹³⁾. Dies hatte zur Folge, daß der Anteil der Wertpapiere an den Kapitalanlagen der Versicherungen mit 34,0% den höchsten Wert seit Ende der fünfziger Jahre erreichte. Dementsprechend sanken die Anteile der meisten anderen Anlageformen der Versicherungen. Nach wie vor dominierende Kapitalanlage sind die Darlehensforderungen, die 1983 57,8 Mrd S (fast 45% der Kapitalanlagen) betragen.

¹¹⁾ Siehe dazu etwa Wenko, I., 'Die Vertragsversicherungsunternehmen als Finanzintermediäre — Eine Bestandsaufnahme', Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank, 1984, (7), insbesondere S. 24.

¹²⁾ 'Kapitalmarkt im Jahr 1983', Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank, 1984, (2), S. 28-35.

¹³⁾ 'Wertpapierbestand der österreichischen Kapitalsammelstellen', Mitteilungen des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank, 1984, (6), S. 12-18.

vor allem die Prämienerhöhungen in den Kfz-Versicherungen bei, deren Tarife im Jahresdurchschnitt um 6,5% höher waren als 1982. Aber auch die Tarife in der Krankenzusatzversicherung stiegen mit +4,6% rascher als der Verbraucherpreisindex. In der Haushaltsversicherung wurden die Tarifprämien im Jahresdurchschnitt 1983 nur um 2,4% erhöht, sicherlich eine Folge der vom Standpunkt der Versicherer relativ günstigen Schadensentwicklung in den Jahren 1982 und 1983.

Das sekundäre Versicherungsgeschäft

Die aggregierte Bilanzsumme der Privatversicherungen stieg 1983 um 13,6% auf 141,6 Mrd. S. Das Volumen der Privatversicherungen ist damit — um eine Relation zum Kreditapparat herzustellen — etwas größer als das des gesamten Sektors der Landes-Hypothekenbanken oder der Volksbanken.

Die Veranlagungspolitik der Vertragsversicherungen, insbesondere die Zusammensetzung des Deckungsstockes, ist einer Reihe gesetzlicher Regelungen unterworfen (§§ 74 bis 79 Versicherungsaufsichtsgesetz). Innerhalb der durch die Veranlagungsvorschriften bestehenden Grenzen besteht dennoch ein nicht unbeträchtlicher Spielraum, um auf aktuelle Entwick-

Übersicht 9

Aggregierte Bilanzsummen der Vertragsversicherungen

	Versicherungen insgesamt		Lebensversicherungen		Krankenversicherungen		Schaden- und Unfallversicherungen	
	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %
1979	85.134	100,0	39.986	47,0	6.115	7,2	39.036	45,9
1980	97.380	100,0	47.666	48,9	6.809	6,8	43.105	44,3
1981	110.669	100,0	56.721	51,2	7.388	6,7	46.580	42,1
1982	124.642	100,0	65.890	52,9	8.383	6,7	50.369	40,4
1983	141.553	100,0	76.154	53,8	9.335	6,6	56.064	39,6

Q: Bundesministerium für Finanzen

Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Kapitalanlagen insgesamt		Kassenbestand, Guthaben bei Kreditunternehmen Wechsel und Schecks		Wertpapiere		Darlehensforderungen		Bebaute und unbebaute Grundstücke		Beteiligungen		Polizzendarlehen und Vorauszahlungen		Depotforderungen	
	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %	Mill. S	in %
1979	76.432	100,0	6.370	8,3	20.599	26,9	36.140	47,3	9.013	11,8	1.814	2,4	906	1,2	1.590	2,1
1980	87.581	100,0	6.920	7,9	23.809	27,2	41.756	47,7	9.568	10,9	2.094	2,4	1.116	1,3	2.318	2,6
1981	99.379	100,0	7.272	7,3	26.336	26,5	48.304	48,6	10.619	10,7	2.333	2,4	1.694	1,7	2.821	2,8
1982	112.692	100,0	7.538	6,7	31.364	27,8	54.438	48,3	11.578	10,3	2.441	2,2	1.916	1,7	3.417	3,0
1983	128.679	100,0	6.565	5,1	43.738	34,0	57.800	44,9	11.996	9,3	2.548	2,0	1.929	1,5	4.103	3,2

Q: Bundesministerium für Finanzen

Größter Schuldner der Versicherungen ist nach Angaben des Versicherungsverbands der öffentliche Sektor. An dem aus Einlagen, Darlehen und Wertpapieren gebildeten Aggregat hatte er 1983 einen Anteil

von 47%. Es folgten der private Sektor mit einem Anteil von rund 30% und der Kreditapparat mit etwa 23%.

Peter Szopo